

Uni Basel wirbt US-Forschende nicht gezielt ab

Donald Trump schränkt die Wissenschaftsfreiheit in den USA ein. Kann Basel davon profitieren?

Nora Hoffmann

US-Präsident Donald Trump zieht die Schrauben auch in der Forschung an. Die Regierung streicht die Fördergelder für Universitäten. Forschende aus aller Welt sehen die Wissenschaftsfreiheit gefährdet.

Grossrätin Sandra Bothe-Wenk (GLP) will deshalb von der Basler Regierung mittels schriftlicher Anfrage wissen, «wie der Regierungsrat die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA im Hinblick auf mögliche Auswirkungen für den Lehr- und Forschungsstandort Schweiz – und insbesondere für den Kanton Basel-Stadt be-

urteilt.» Und ob der Regierungsrat Chancen für die Positionierung Basels als offenen und diversen Universitäts- und Wissenschaftsstandort sehe.

Weiter fragt Bothe-Wenk: «Wie beurteilt der Regierungsrat die Rolle internationaler Partnerschaften und Netzwerke der Universität Basel im Vergleich zu den nationalen Aktivitäten zur Standortpositionierung durch Akteure wie Swiss-universities, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Swissnex oder das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)? Welche Synergien zwischen lokalen und

nationalen Akteuren können gezielt gestärkt werden, um die Sichtbarkeit und Attraktivität Basel nachhaltig zu erhöhen?»

Doktorierende am ehesten betroffen

Im Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) gibt es gemäss lokalen Medienberichten seit Trumps Amtsantritt mehr Interessierte aus den USA, die hier forschen wollen.

Nicht so – bisher – an der Universität Basel. Diese verzeichnet aktuell keine nachweisbare Zunahme von Anfragen von Forschenden aus den USA, wie Mediensprecher Matthias

Geering auf Anfrage sagt. Allerdings würden der Universität Basel Forschungsstellen nicht einfach vergeben, sondern in der Regel öffentlich und international ausgeschrieben. «Anders als vielleicht gewisse Universitäten in EU-Ländern beabsichtigt die Universität Basel nicht, exzellente Forschende gezielt abzuwerben», so Geering.

Und: «Dadurch, dass es sich bei Karriereentscheiden um langfristige Entscheide handelt, kann nach zwei Monaten der neuen Regierung im Amt noch kein Effekt erwartet werden.» Am schnellsten werde man eine Entwicklung wohl bei den Doktorierenden sehen,

länger werde es bei Professuren dauern.

Der Vertrauensverlust in das US-Forschungssystem sei gross und andere forschungsstarke Länder würden sicher davon profitieren und exzellente Bewerbungen enthalten – «einerseits von Forschenden, die die USA verlassen wollen respektive müssen und andererseits von internationalen Forschenden, für die eine Forschungsstelle in den USA weniger attraktiv oder zu unsicher geworden ist.» Der Schweizerische Nationalfonds hat seit 2023 eine Ausschreibung für Forschungsprojekte der Schweiz mit den USA.